

# Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

69. Sitzung

18. März 2021

Beginn: 15.01 Uhr

Schluss: 18.16 Uhr

Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Auswirkungen der Coronakrise auf die Bereiche** **0328**  
BildJugFam  
– **Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen Raum,**  
– **für die Grund- und Oberschulen sowie Volkshochschulen und**  
– **für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen**  
(auf Antrag aller Fraktionen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Welche unterstützenden Maßnahmen und Strategien plant der Senat aufgrund der Coronapandemie für die Schulen in diesem und dem darauffolgenden Schuljahr?** **0426**  
BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Verpflichtende Sprachförderung nach § 55 Schulgesetz: Probleme und Lösungsansätze, um dem Anspruch der Kinder besser gerecht zu werden** **0290**  
BildJugFam  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt begrüße ich als Anzuhörende recht herzlich die vor Ort Anwesenden Herrn Oliver Schworck, Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin und des Weiteren Frau Dorothee Thielen, Referentin Kinder und Kindertagesstätten Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e. V. Digital zugeschaltet sind uns Herr Roland Kern, Mitgliedervertretung Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden – kurz DaKS e. V. – und Frau Dr. Jana Sommerfeld, Pädagogische Koordinatorin Pankower Früchtchen gGmbH. – Ihnen allen herzlich willkommen!

Ich gehe davon aus, dass wir Konsens darüber haben, dass ein Wortprotokoll erstellt werden soll. – Dem ist so. Die Begründung des Besprechungspunkts erfolgt durch Frau Kühnemann-Grunow. – Bitte schön!

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die frühkindliche Sprachbildung bzw. die Sprachförderung sind wichtige Anliegen. Die Sprachförderung findet im Wesentlichen in der Kita statt. Wir haben – das muss man vielleicht einmal so deutlich sagen – in der vergangenen Legislatur, als die SPD-Fraktion noch in einer anderen Koalition regierte, festgelegt, dass wir 15 Monate vor der Einschulung in der Kita den sprachlichen Entwicklungsstand erheben und dann, wenn Defizite festgestellt werden, den Besuch der Kita verpflichtend machen. Inzwischen stellen wir aber fest, dass von den Kindern, bei denen dann ein erhöhter Sprachförderbedarf festgestellt wurde, nicht unbedingt alle Kinder auch in der Kita landen.

Wir haben außerdem vor Kurzem bei uns im Bildungsausschuss den Bericht der Köller-Kommission gehabt, wo es auch noch mal um das Sprachlerntagebuch ging, also um die Qualität der Sprachförderung an der Schule. Das alles sind Gründe, warum wir gesagt haben, dass wir uns mit der verpflichtenden Sprachförderung beschäftigen wollen. Wir wollen uns Gedanken über Probleme machen, die sicherlich zum Teil auf der Hand liegen, aber auch über Lösungsansätze. Wir wollen nicht zur klassischen Vorschule zurückkehren. Es sind inzwischen jede Menge Berichte von denen, die hier heute in der Anhörung zu Wort kommen werden, eingegangen. Dennoch müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Sprachförderung besser gestalten, und deshalb findet heute diese Anhörung statt. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Nun kommen wir in alphabetischer Reihenfolge zu unserer Anhörung. Ich bitte jeden Anzuhörenden um die fünfminütigen Statements. Wir fangen an mit Herrn Kern, der uns digital zugeschaltet ist. – Bitte schön, Sie haben das Wort für hoffentlich fünf Minuten. – Wir sollten ihn hören, auch wenn wir ihn nicht sehen.

**Roland Kern (Mitgliedervertretung Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden – DaKS – e. V.) [zugeschaltet]:** Schönen guten Tag! Hören Sie mich? – Die übliche Frage.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir hören Sie jetzt, auch wenn wir Sie nicht sehen. – Jetzt geht beides. Bitte schön!

**Roland Kern (DaKS e. V.) [zugeschaltet]:** Dann versuchen wir das. Ich gebe parallel noch eine kleine Präsentation frei. Wollen wir hoffen, dass auch das klappt.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Ja, wir sehen die Präsentation gut. Vielen Dank!

**Roland Kern** (DaKS e. V.) [zugeschaltet]: Einen schönen guten Tag und herzlichen Dank für die Einladung! Ich freue mich, mal wieder in Ihrem Kreis – wenn auch diesmal digital – zu sein und Ihnen unsere Gedanken zur verpflichtenden Sprachförderung nach § 55 Schulgesetz darzutun.

## **Verpflichtende Sprachförderung nach § 55 Schulgesetz**

### **Probleme und Lösungsansätze, um dem Anspruch der Kinder besser gerecht zu werden**

Roland Kern, DaKS, 18.3.21



Ich habe sehr knapp vor der Ausschusssitzung dem Ausschussbüro ein paar Stichpunkte übermittelt. Vielleicht haben Sie die schon, vielleicht kriegen Sie die erst nach der Sitzung. Ich gehe jetzt hier durch einen Ausschnitt dieser Punkte. Weil ich schon argwöhne, dass die vielen Punkte und die Fünfminutengrenze keine Freunde sein werden, fange ich mit dem Fazit an.

## **Fazit**

- Sprache erwerbt man nicht im Unterricht sondern im aktiven Dialog mit anderen.
- Kinder brauchen für den Spracherwerb zugewandte Erwachsene und andere Kinder. Wo das die Familie nicht ausreichend bieten kann, ist die Kita der richtige Ort dafür.
- Damit Erzieher:innen den Spracherwerb gut fördern können, brauchen sie Zeit, Haltung und Kompetenz.
- Damit die Kinder mit Sprachförderbedarf in die Kitas kommen, muss es genug Kitaplätze geben.
- Gesonderte Angebote sind für den frühkindlichen Spracherwerb schlechter geeignet, aber besser als nichts.
- Alle Sparten des Bildungssystems werden dauerhaft mit einer steigenden Heterogenität/Diversität umgen müssen



Sechs Punkte. Erstens: Sprache erwirbt man nicht im Unterricht, sondern im aktiven Dialog mit anderen. Zweitens: Kinder brauchen für den Spracherwerb zugewandte Erwachsene und andere Kinder. Wo das die Familie nicht ausreichend bieten kann, ist die Kita der richtige Ort dafür. Drittens: Damit Erzieherinnen und Erzieher den Spracherwerb gut fördern können, brauchen sie Zeit, eine Haltung und Kompetenz. Viertens: Damit Kinder mit Sprachförderbedarf in die Kitas kommen, muss es genügend Kitaplätze geben. Fünftens: Gesonderte Angebote sind für den frühkindlichen Spracherwerb aus unserer Sicht schlechter geeignet, aber immerhin besser als nichts. Sechstens: Alle Sparten des Bildungssystems werden dauerhaft mit einer steigenden Heterogenität und Diversität umgehen müssen.

Warum tun wir das eigentlich alles? – Sprache als Schlüssel zur Welt ist die Voraussetzung dafür, dass sich Kinder die Welt aneignen und für sich gestalten können. Insbesondere in dem Kontext, in dem wir uns jetzt bewegen, ist natürlich die Beherrschung der deutschen Sprache eine Voraussetzung dafür, dass ich mich im deutschsprachigen Unterricht in der Schule aktiv beteiligen kann.

## Warum Sprachförderung?

- Sprache als Voraussetzung für als Aneignung und Gestaltung der Welt
- Beherrschung der deutschen Sprache wichtig für eigenständige Entwicklung in vorwiegend deutschsprachiger Umgebung und Voraussetzung für aktive Beteiligung am deutschsprachigen Unterricht in der Schule
- Nichtkitakinder haben größere Schwierigkeiten im Sprachverständnis – deshalb Einladung zur Sprachstandsüberprüfung ausreichend weit vor der Schule sinnvoll
- Für Kinder mit Sprachförderbedarf dann dringende Empfehlung, Kitaplatz anzunehmen oder Verpflichtung zum gesonderten Angebot



18.3.21

Sprachförderung für Nichtkitakinder

3

Wir wissen aus den Einschulungsuntersuchungen der letzten Jahre und schon ganz lange, dass Kinder, die nicht in die Kita kommen, im Schnitt größere Schwierigkeiten im Sprachverständnis attestiert bekommen. Deswegen ist es sinnvoll, ausreichend weit vor der Schule die Kinder zu einer Sprachstandsüberprüfung einzuladen, auch wenn wir hinsichtlich Sprachtests für Kinder im Alter von vier bis fünf Jahren begründete Zweifel haben. Aber es geht an der Stelle nicht anders. Es ist das Beste im Schlechten. Für Kinder mit einem Sprachförderbedarf gibt es dann die dringende Empfehlung, einen Kitaplatz anzunehmen, oder, wenn sie das nicht tun, eine Verpflichtung zum gesonderten Angebot.

Ein paar Sätze dazu, wie frühkindlicher Spracherwerb erfolgt. Es ist uns wichtig, zu sagen bzw. herüberzubringen, dass Sprache nicht etwas ist, was mir beigebracht werden kann, sondern etwas, was ich selber entwickle. Sprache ist Eigenaktivität, und Spracherwerb erfolgt im Dialog mit anderen, zusammen mit der gesamten persönlichen Entwicklung.

## Wie erfolgt frühkindlicher Spracherwerb?

- Sprachentwicklung erfolgt im Dialog und ist eng verbunden mit anderen Entwicklungsbereichen wie Motorik, Emotion, Kognition und sozialem Miteinander
- Sprachentwicklung ist Eigenaktivität
- Sprachentwicklung braucht den Dialog mit sprachfreudigen und feinfühligen Erwachsenen
- Sprachentwicklung braucht den Dialog mit anderen Kindern
- Wertschätzung der Familiensprache unterstützt auch die Sprachentwicklung in der deutschen Sprache
- Sprache ist Instrument und nicht Selbstzweck. Wir sprechen nicht um des Sprechens willen, sondern um etwas oder um jemanden zu erreichen.



18.3.21

Sprachförderung für Nichtkitakinder

4

Die Sprachentwicklung kleiner Kinder braucht den Dialog mit sprachfreudigen und sensiblen Erwachsenen. Sie braucht den Dialog mit anderen Kindern, und gerade in einer Stadt wie Berlin mit ganz vielen Familiensprachen ist es wichtig zu wissen, dass die Wertschätzung der Familiensprache in der Kita auch die Sprachentwicklung letztlich in der deutschen Sprache unterstützt.

Sprache, um das zusammenzufassen, ist Instrument und nicht Selbstzweck. Wir sprechen nicht, um zu sprechen, sondern wir wollen mit dem Sprechen etwas oder jemanden erreichen.

## Wo findet Spracherwerb statt?

- überall dort, wo das Kind im direkten Alltagskontakt mit anderen ist
- zuallererst in der Familie und im sonstigen Alltag
- in einer Gesellschaft, in der Kindheit viel in Institutionen stattfindet, aber auch dort - also in der Kita



18.3.21

Sprachförderung für Nichtkitakinder

5

Wo findet Spracherwerb statt? – Kurz gesagt, überall da, wo das Kind im direkten Alltagskontakt mit anderen ist. Zuallererst ist es das in der Familie und in seinem sonstigen Alltag,

aber in einer Gesellschaft, in der die Kindheit inzwischen ganz viel in Institutionen stattfindet, natürlich auch dort – für Kinder vor der Schule also in der Kita.

Was ist aus unserer Sicht wichtig für die Sprachförderung in der Kita? – Eine Sprachentwicklung im Dialog braucht erst mal Menschen, die das tun. Es braucht also Erzieherinnen und Erzieher mit Zeit für Gespräche mit einem Kind oder einer kleinen Kindergruppe.

## Was ist wichtig für Sprachförderung in der Kita?

- Sprachentwicklung im Dialog braucht Erzieher\*innen mit Zeit für Gespräche mit einem Kind oder in einer kleinen Kindergruppe
- Daneben geht es um Zugewandtheit, Sensibilität und Neugier auf die Themen der Kinder.
- Damit Erwachsene das können, muss es genug davon geben und sie müssen in Aus- und Fortbildung für gute Sprachförderung gerüstet sein.
- Dialogische Interaktion zwischen Pädagog:innen und Kindern im Kitaalltag noch zu selten.
- gesonderte Sprachförderprogramme mit mäßigen Resultaten, deshalb alltagsintegrierte Sprachförderung - gestützt durch dialogorientierte Beobachtungsinstrumente, wie Sprachlerntagebuch



18.3.21

Sprachförderung für Nichtkitakinder

6

Es braucht die intime, intensive Gesprächssituation, in der ich auf die Themen der Kinder eingehen kann. Es braucht aber nicht nur diese Zeit, es braucht natürlich auch das, was ich vorhin kurz mit Haltung beschrieben habe. Es braucht Erwachsene, die zugewandt sind, Erzieherinnen und Erzieher, die zugewandt und sensibel sind und eine Neugier auf die Themen, die die Kinder mitbringen, haben. Denn nur, wenn es um die Themen der Kinder geht, wird Sprache aktiv stattfinden. Damit Erwachsene das können, muss es genug davon geben – das geliebte Thema des Personalschlüssels –, aber sie müssen auch durch Aus- und Fortbildung für eine gute Sprachförderung gut gerüstet sein.

Ich habe viele dieser Punkte in meinem kleinen Stichwortpapier – darin habe ich Ihnen auch den Link geschickt – aus einer kleinen Stellungnahme entnommen, die wir im Herbst des letzten Jahres bei Prof. Dr. Dreier von der FH Potsdam beauftragt haben. In dieser Stellungnahme ist auch ein bedenklicher Befund enthalten, nämlich dass im Kitaalltag diese dialogischen Interaktionen – furchtbares Wort –, diese guten Gesprächssituationen zwischen Pädagoginnen bzw. Pädagogen und Kindern noch viel zu selten sind und der Kitaalltag häufig aus Anweisungen und Instruktionen besteht. Da können wir durchaus besser werden.

Man muss sagen: Es gibt ja immer viele Sprachförderprogramme – ganze Bundesländer haben sich daran versucht – mit extrem mäßigen Resultaten. Das ist eigentlich überall wieder zugunsten eines anderen Ansatzes abgeschafft worden, nämlich einer alltagsintegrierten Sprachförderung, was jetzt nicht heißt: Ich rede einfach nur, sondern schon bedeutet: Ich stelle diese Gesprächssituation her, beobachte aber auch sehr intensiv, wie sich sprachliche Ent-

wicklung entwickelt. Sie haben schon das Berliner Sprachlerntagebuch angesprochen. Das ist ein Beobachtungsinstrument, was den großen Vorteil hat, dass es ein dialogorientiertes Beobachtungsinstrument ist. Ich komme mit diesem Beobachtungsinstrument in den Dialog mit dem Kind, betreibe also in der Beobachtung eine aktive Sprachförderung. Das ist ein wichtiges Kriterium für ein gutes Beobachtungsinstrument.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Darf ich Sie um Straffung bitten? Wir sind schon sehr weit über die Zeit.

**Roland Kern (DaKS e. V.)** [zugeschaltet]: Entschuldigung! Dann ganz kurz: Der Kitazugang wird nur klappen, wenn es genug Kitaplätze gibt. Ich will darauf hinweisen, dass eine gute Kooperation mit den schulischen Sprachförderteams dabei helfen kann, Reserven im Kitabereich locker zu machen.

## Wie kann Kitazugang gewährleistet werden?

- Bei festgestelltem Sprachförderbedarf ist Kitabesuch auf jeden Fall empfehlenswert
- Nichtkitakinder mit Sprachförderbedarf haben das Kitaangebot auch gut wahrgenommen.
- Problem fehlender Kitaplätze wird verstärkt durch Zeitpunkt der Anfrage und dadurch dass man nicht voraussetzen kann, dass sich diese Familien ausdauernd um einen Kitaplatz bemühen.
- Grundrezept ist also Kitausbau
- Gegebenfalls auch Finanzierung von Freihalteplätzen
- Gut funktionierende Kooperation der (vor)schulischen Sprachförderteams mit Kitas aus der Region kann Reserven im Kitasystem mobilisieren - ggf. auch Bereitschaft zu befristeter Überbelegung.



18.3.21

Sprachförderung für Nichtkitakinder

7

Ich kneife mir jetzt mal, was ich noch zu gesonderten schulischen oder anderen Angeboten sagen möchte. Wir halten die für nicht so gut. Wenn es aber nichts anderes gibt: lieber das als nichts. – Insofern haben wir dem zugestimmt, dass die Rahmenvereinbarung auf andere ausgeweitet werden kann.

## Wären gesonderte (schulische) Angebote besser?

- Prinzipiell nicht – problematische Zusammensetzung der Gruppe - Voraussetzungen für Sprachentwicklung im Dialog im schulischen Kontext noch schwieriger als in der Kita
- Räumliche Kapazität für gesonderte Vorschulklassen angesichts der Raumnot der Schulen und der Erfordernisse des schulischen Ganztags nicht vorhanden
- gesondertes Angebot für Nichtkitakinder mit Sprachförderbedarf ist aber besser als gar kein Angebot
- Öffnung der RV vorschulische Sprachförderung für andere Anbieter war richtig
- Kitabereich bleibt aber aufgefordert, die Kapazität auch für diese Kinder aufzubauen



18.3.21

Sprachförderung für Nichtkitakinder

8

## Schule ohne Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf?

- Schulfähigkeit der Kinder vs. gegenseitige Aufnahmefähigkeit von Kindern und Schule
- Kita ist kein „schulvorbereitendes System“ sondern hat umfassenderen Auftrag
- Umgang mit Heterogenität/Diversität wird allen Sparten des Bildungssystem erhalten bleiben – und das ist auch gut so
- Warnung vor unrealistischen Annahmen über Ergebnisse sprachlicher Bildung in Kitas (oder anderswo)
- Ressourcen dort einsetzen, wo sie am nötigsten sind



18.3.21

Sprachförderung für Nichtkitakinder

9

Als Allerletztes vielleicht noch ein Klick auf diese Frage der Heterogenität. Bei allem, was wir machen, werden wir uns darauf einrichten müssen, dauerhaft auf allen Stufen im Bildungssystem mit viel Heterogenität und Diversität zu arbeiten. – Herzlichen Dank und Entschuldigung für die Überschreitung!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir danken Ihnen auch! – Wir machen weiter mit Herrn Schworck. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Oliver Schworck** (Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin): Herzlichen Dank! – Darf

ich die Maske absetzen? Ich kenne Ihre Regeln hier nicht, aber das ist doch besser zum Reden. – Den Ausführungen ist ja, jedenfalls im theoretischen Ansatz, kaum etwas hinzuzufügen. Ich will Ihnen aber gern Praxisbeispiele nennen oder sagen, wie wir das im Bezirk machen und wo wir möglicherweise dann doch zum Scheitern verurteilt sind, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, auf wessen Seite die Verantwortung für die Sprachförderung liegt.

Zunächst darf ich Ihnen beschreiben, wie wir das organisieren: In der Regel ist es so, dass wir als Schulamt 20 Monate vor dem Eintritt in die Schule zu einer Untersuchung des Sprachvermögens einladen, weil es dann grundsätzlich, wenn wir zu einer Feststellung der Sprachförderung kommen, eine Förderung von 18 Monaten für die Sprachförderung gibt, die dann auch finanziert wird. Deswegen versuchen wir, das sehr zeitnah und knapp zu organisieren. Dadurch dass wir mit Familien reden, die bislang noch keinen wesentlichen Kontakt mit Kitas haben, sprechen wir also – und so spricht ja auch der Bericht der Köller-Kommission – von Nichtkitakindern, die wir versuchen zu erreichen. Es sind im Wesentlichen, bei uns jedenfalls, Kinder von geflüchteten Familien, die zu uns kommen, die bei uns untergebracht sind, und die wir versuchen, in ein System oder in mehrere Systeme zu holen.

Wir versuchen, sie zu erreichen und ihnen entsprechende Schreiben zukommen zu lassen, müssen aber feststellen, dass wir nur rund die Hälfte der Familien bewegen können, uns zu antworten oder sich mit uns in Verbindung zu setzen. Wobei ich dabei nicht unterstellen möchte, dass es daran liegt, dass sie nicht wollen, sondern wir haben deutlich die Vermutung, dass es daran liegt, dass sie unsere Schreiben nicht verstehen. Wir haben natürlich auch mehrsprachige Schreiben zum Versenden vorbereitet. Wir mussten ins Stocken geraten, weil wir im letzten Jahr auch von der Pandemie erwischt wurden. So konnten wir das nicht mehr so auf den Weg bringen, wie wir das gerne wollten.

Wenn es dann zu einer Förderung kommt, besteht diese – das wissen Sie sicherlich – aus einem Fördergutschein, der fünf mal fünf Stunden pro Woche vorsieht. Damit die entsprechende Förderung durchgeführt werden kann, braucht es natürlich auch die entsprechenden Plätze. Hier fängt es dann an, schwierig zu werden.

Zu den Zahlen im Bezirk: Wir haben derzeit an zwei Standorten 53 Kinder in der Förderung. Der eine Standort ist an einer Grundschule, wo 40 Kinder in zwei bis drei Gruppen, das variiert durchaus, derzeit drei Tage in Präsenz und zwei Tage digital gefördert werden, und der zweite Standort ist in einer anderen Grundschule mit insgesamt 13 Kindern in zwei Gruppen eingerichtet, die hinsichtlich der Präsenz ähnlich unterwegs sind.

Warum machen wir das an Grundschulen? – Die Antwort ist relativ einfach: Weil wir an Kitas keine Plätze haben. Wir können auch nicht furchtbar viele Plätze anbieten, weil wir die Räumlichkeiten in den Grundschulen nicht mehr haben. So können wir nur das nehmen, was wir momentan an Plätzen haben. Das ist zugegebenermaßen nicht überbordend, und wir versuchen händeringend die Gruppen auch an anderen Standorten zu installieren. Noch scheitern wir daran. Wir müssen auch konstatieren, dass wir jedes Jahr die Anzahl derjenigen, die für eine solche Sprachförderung in Frage kommen, erneut feststellen müssen.

Wir haben auch nach wie vor eine hohe Zahl geflüchteter Familien in unserem Bezirk untergebracht. Das mag in anderen Bezirken anders sein, ich kenne die landesweite Statistik dazu nicht. Ich kann Ihnen nur berichten, wie es bei uns ist. Anders als andere Bezirke, die davon ausgegangen sind, dass wir weniger Familien zu versorgen haben, ist die Zahl bei uns gleichbleibend hoch. Gleichzeitig haben wir immer mehr Kitakinder, die in die Kitas, und immer mehr Schülerinnen und Schüler, die in die Schulen drängen, sodass wir hier zu einer deutlichen Konkurrenzsituation bezüglich des Raumbedarfs kommen. Warum erzähle ich das so ausführlich? – Weil ich deutlich machen möchte, dass eine Verpflichtung, wie wir sie in ein Gesetz schreiben, nur dann greifen kann, wenn wir die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stellen können. Wenn wir das nicht können, dann nützt auch keine Verpflichtung, denn dann liegt es ja nicht an denen, die dieser Verpflichtung einer Sprachförderung nachzukommen haben, sondern an uns, diese entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Es gelingt uns leider nicht, allen Kinder mit einem festgestellten Sprachförderbedarf die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Deshalb lohnt es sich auch, alle Modelle, die neu hinzukommen können, auszuprobieren und daraufhin zu testen, ob sie geeignet sind, eine entsprechende Sprachförderung, in welchem Zusammenhang auch immer, auszuprobieren.

Ich gebe Herrn Kern recht: Natürlich macht es Sinn, die Sprachförderung dort zu verorten, wo viele andere Kinder sind, weil gewöhnlich Kinder am leichtesten die Sprache lernen, wenn sie mit anderen Kindern zusammen sind. Hier stoßen wir an Grenzen, deswegen müssen uns hier

was anderes überlegen. Ich bin gern bereit, zu allen möglichen Instrumenten zu greifen, die es ermöglichen, eine solche Sprachförderung weiter zu befördern, wo auch immer sie stattfindet, wenn sie mit anderen Kindern zusammen stattfindet. Das können auf dem Weg nur Schritte sein. Wir müssen dahin kommen – auch da gebe ich Herrn Kern recht –, dass wir diese Sprachförderung in die Kitas integrieren. Ich glaube, darüber werden wir nicht nur die Sprachförderung besser in den Griff kriegen und die Bereitschaft der Familien, die wir ansprechen, diese Sprachförderung in Anspruch zu nehmen, vergrößern, sondern wir werden darüber auch viel mehr hinsichtlich der sogenannten weichen Faktoren erreichen und den Kindern den Umgang in sozialen Gruppen, den Umgang in der Gesellschaft und Empathie beibringen. Ich glaube, davon profitieren wir am meisten. Es kann nicht der Weg sein, zu einer Sonderung zu kommen, sondern wir müssen tatsächlich versuchen, in den entsprechenden Kitas die Kitaplätze vorzusehen und hier zu einer stärkeren Sprachförderung zu kommen. – Das soll es von mir erst mal gewesen sein. Ich freue mich auf Ihre Nachfragen. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Vielen Dank! – Wir machen weiter Frau Dr. Sommerfeld, die uns digital zugeschaltet ist. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Dr. Jana Sommerfeld** (Pankower Früchtchen gGmbH; Pädagogische Koordinatorin) [zugeschaltet]: Ich bedanke mich zunächst ganz herzlich für die erstmalige Einladung und auch bei meinen beiden Vorrätern! Herr Kern hat wesentliche Sachen zu den Inhalten von Sprachvermittlung erzählt. Das heißt, ich habe mein Statement gerade noch mal gebündelt. Das kommt der Zeit wahrscheinlich entgegen. Ich gehe in meinem Beitrag auch von dem Blick auf die Kitas aus, denn nicht erst dort, aber auch dort fängt Sprache als ein wesentliches Mittel der Kommunikation neben den anderen 99 Ausdrucksformen an.

Die Sprachstandsfeststellung und die darauf folgende mögliche Sprachförderung ist im Kita- und im Schulgesetz verankert. Für die Kitas ist das seit 2006 – in überarbeiteter Fassung seit 2016 – die Grundlage in der Arbeit mit dem Sprachlerntagebuch. Das Sprachlerntagebuch hat sich aus meiner Sicht etabliert. Es wird weitestgehend professionell angewandt, ein- und umgesetzt und damit gearbeitet. Allerdings ist der Umgang vom Träger und von der Kita abhängig, denn es haben sich in den vergangenen Jahren viele weitere Instrumente etabliert, um Kinder zu beobachten und zu dokumentieren, zum Beispiel in Form von Portfolios, entweder als Ergänzung zum Sprachlerntagebuch oder als alleiniges Instrument, um die Sprache und die Sprachentwicklung bei den Kindern feststellen zu können. Am Ende steht die Sprachstandsfeststellung, die davon aber unberührt bleibt, egal welches Instrument eingesetzt wird.

Wesentlich ist für mich, aus Beobachtung und praktischer Erfahrung, die aktive Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Schule, aber auch hier kommt es ganz oft auf das persönliche Engagement Einzelner auf beiden Seiten an. Unklar bleibt, ob mit der eingesetzten Statuserhebung, die wir derzeit in Berlin durchführen, alle Kinder mit Sprachförderbedarf überhaupt erfasst werden. Ich habe eine Studie aus dem Jahr 2015 gefunden. Hier werden Tendenzen aufgezeigt, dass das nicht der Fall ist. Das heißt, es fallen trotz dieser Statuserhebung Kinder durch den Rost, die eine Förderung bräuchten. Wenn es um Sprachförderung geht, ist auch für mich die alltagsintegrierte Sprache das Mittel der Wahl, aber dafür – das hat Herr Kern ausführlich dargestellt – würde in den Kitas mehr Personal benötigt. Das heißt, der Personalschlüssel müsste zwingend angehoben werden, denn für die alltagsintegrierte Sprache benötigen die Pädagoginnen und Pädagogen Zeit, um sich mit dem Kind zu unterhalten. Das ist ein

wichtiges Mittel für die professionelle, pädagogische Haltung, um den Blick auf das Kind als Ausdruck der Wertschätzung gegenüber dem Kind zu schärfen, denn die Pädagoginnen und Pädagogen haben heute – durch die Pandemie noch verschärft – kaum Zeit, dem Kind wirklich zuzuhören und mit dem Kind ins Gespräch zu gehen. Der Alltag und auch Studien belegen – auch das hat Herr Kern schon gesagt –, dass Pädagoginnen und Pädagogen oft in der Befehlsstruktur verharren: Zieh die Jacke an! Geh die Hände waschen! Wir gehen essen! Diese Form der Kommunikation findet sich häufig in der Kita, aber wir wollen und sollten darauf achten, dass die Erzieherinnen und Erzieher Sprachvorbilder sind und mit den Kindern in Kommunikation treten.

Aus meiner Sicht gebe es folgende Lösungsansätze: zunächst eine aussagekräftige Evaluation der Statuserhebung in der Kita, dann – das hat Herr Kern auch erwähnt – die Schaffung von ausreichend Kitaplätzen, die Anhebung des Personalschlüssels unter Berücksichtigung einer 15-prozentigen bis 20-prozentigen mittelpädagogischen Arbeit, wie Krankheit, Fortbildung, Urlaub, und die Erzieherausbildung sollte die Zusatzqualifikationen – Facherzieherin bzw. -erzieher für Sprachbildung und Sprachförderung, aber auch Facherzieherin bzw. -erzieher für Integration – beinhalten.

Wenn hier erwähnt wird, dass Kinder, die keine Kita besuchen, aber einen Sprachförderbedarf haben, in die Kita gehen sollten, dann ist das richtig. Wenn die Kinder aber erst mit dem dritten oder vierten Lebensjahr kommen, dann sind noch weniger Kitaplätze vorhanden, weil im Durchschnitt die Kinder ab dem ersten Lebensjahr in die Kita gehen, und keine Leitung und kein Träger wird drei bis vier Jahre die Plätze für die dann nötige Altersgruppe freihalten, um Sprachförderbedarfsplätze anzubieten. Das kann sich schon finanziell keiner leisten. Es ist wünschenswert, dass alle Kinder so schnell wie möglich von Beginn an in die Kindertagesstätte gehen. – So weit mein Statement. Ich bedanke mich und freue mich auf mögliche Fragen!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir danken Ihnen auch, Frau Dr. Sommerfeld, und machen mit Frau Thielen vor Ort weiter. – Bitte schön, Frau Thielen, Sie haben das Wort!

**Dorothee Thielen** (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e. V.; Referentin Kinder und Kindertagesstätten): Danke schön! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist etwas undankbar, als Letzte zu sprechen. Ich muss Ihnen leider sagen: Ich werde bestätigen, was Sie schon gehört haben. Sie bekommen es jetzt auf der vierten Tonspur. Ich werde mich auf die Ergebnisverwertung, wenn Sie so wollen, und nicht so sehr auf die Fragestellung, wie gut es gelingt, Nichtkitakinder aufzufinden und ob die Instrumente tatsächlich geeignet sind, konzentrieren. Ich möchte stattdessen Ihren Blick auf die Fragestellung richten, wie gut es gelingt, die Kinder mit einem Sprachförderbedarf in eine Kita oder ein alternatives Sprachförderangebot zu vermitteln. Das Ergebnis ist leider schlecht. Es gelingt nicht gut genug. Es sind drei Viertel der Kinder, die nicht oder nicht zeitgerecht die Auflage erfüllen können. Ich beziehe mich hier auf das Jahr 2018. Auch wenn die Anzahl der Kinder absolut nicht groß ist, so macht die Situation doch ein Grundproblem im Land Berlin deutlich: Wir haben zu wenig Kitaplätze.

Wenn Sie sich das Kitasystem wie ein Gummiband vorstellen, dann ist dieses Gummiband derzeit nicht elastisch genug. Es kann sich nicht anlassbezogen weit genug aufdehnen. Jedes

Kitakind kennt das Enddatum seiner Kitazeit: Das ist der 31. Juli des Jahres, in dem es in die Schule übergeht. Der Startpunkt ist variabel. Interessanterweise werden Kinder im gesamten Jahresverlauf ein Jahr alt. Darüber hinaus definieren die Eltern den Bedarf, wann das Kind in eine Betreuung gehen soll. Und Eltern haben darüber hinaus auch Wünsche. Dann kommt noch dazu: Wann gelingt es Eltern faktisch, einen Kitaplatz zu finden? – Das kann sehr lange dauern, wie wir wissen, mindestens drei Monate oder länger. Eine fortlaufende und zeitgerechte Aufnahme der Kinder ist diesem System faktisch nicht möglich, und genau diese Kinder fallen dem ein Stück weit zum Opfer.

Ich möchte nur kurz Ihren Blick auf die Bezirke, die aus unserer Sicht besonders betroffen sind, richten, weil sie zum einen eine überdurchschnittliche und wahrscheinlich vielfältige soziale Problemlage haben und zum anderen die Versorgungsquote unter dem Berliner Durchschnitt deutlich zurückbleibt. Das sind die Bezirke Spandau, Reinickendorf und Neukölln.

Ich gehe jetzt relativ schnell zu meinem Fazit über. Ich hoffe, ich konnte Ihnen das Grundproblem übermitteln: Berlin braucht mehr Kitaplätze. Die vorgelegte Planung ist aus unserer Sicht eine Mangelplanung. Planen kann man ja immer viel, aber umsetzen muss man es eben auch. Ich muss Ihnen leider sagen, dass das, was Sie an finanziellen Mitteln für eine sehr schnelle Umsetzung zur Verfügung gestellt haben, hinter den planerischen Werten zurückbleiben wird. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ist ausdrücklich zu gewährleisten. Die Motivation der Eltern, ihr Kind in eine Kita zu geben, ist hoch. Das sehen wir auch deutlich an den Nachfragen der Eltern. Hier sollten wir also Beschwerden von Eltern als Märker nehmen, dass es ein hohes Interesse an frühkindlicher Bildung gibt. Alle Kinder sollten möglichst früh mit einem Kitaplatz versorgt werden können. Ein möglichst langer Zeitraum des Kitabesuchs kann sich auf die Entwicklung des Kindes positiv auswirken. Kontinuierliche Beziehungen und Interaktionsprozesse sowie die Gestaltung einer hochwertigen, frühkindlichen Bildung ebnen Kindern den Weg in einen bestmöglichen Verlauf ihrer Bildungskarriere.

Bis eine Versorgungslage in Berlin hergestellt werden kann, die genau dieses jedem Kind zeitgerecht ermöglicht, brauchen wir alternative Sprachförderangebote in flexiblen Strukturen. Insofern bestätigen wir den Weg der Senatsverwaltung für Bildung, der hier schon eingeschlagen ist. Bitte setzen Sie mehr Anreize für Träger und Anbieter, damit es wirklich gelingt, alle Kinder zumindest in diese übergangsweisen Angebote zu vermitteln! – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Auch wir danken Ihnen, Frau Thielen, und kommen jetzt zu der Stellungnahme des Senats. – Hier hat das Wort die Staatssekretärin Frau Klebba. – Bitte schön!

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir sprechen heute über den Anteil an sprachförderbedürftigen Kindern, die zu einem bestimmten Zeitpunkt vor der Schule noch nicht eine Kindertageseinrichtung besuchen. Dazu hat das Land Berlin vor mehr als zehn Jahren, glaube ich, den § 55 im Schulgesetz geschaffen, weil es davor und danach immer wieder Diskussionen gab, ob man Kinder, die keine Kita besuchen, aber einen Sprach- oder einen anderen Förderungsbedarf haben, verpflichten kann, in die Kita zu gehen. Das ist bis zum Verfassungsgericht rechtlich durchgeprüft worden. Nach derzeitigem Stand kann man das nicht, aber man kann natürlich eine Verbindung schaffen, die

eine Vorbereitung für die Schule impliziert. Das greift der § 55 des Schulgesetzes auf, und dazu ist ein Verfahren implementiert.

Dieses Verfahren ist im Grundsatz gut, weil wir damit Kontakt zu den Familien, Eltern und Kindern bekommen, die bisher noch keinen Kontakt mit dem Betreuungssystem hatten. Über die Schulämter werden dann – so wie es Herr Schworck beschrieben hat – die Eltern von Nichtkitakindern zur Überprüfung der Sprachfähigkeit und des Förderungsbedarfs eingeladen. Es ist tatsächlich so, dass so ein System sehr gut funktionieren kann, wenn wir ausreichende Fördermöglichkeiten haben. Von den Anzuhörenden ist an vielen Stellen betont worden, dass das Lernen von Sprache durch den alltagsintegrierten Ansatz und möglichst vielen Sprachanlässen unterschiedlichster Art – essen, spazieren gehen usw. – gefördert wird. Deshalb wurde im Schulgesetz festgelegt, dass diese Sprachförderung in der Kita stattfinden soll. Das zieht natürlich nach sich, dass wir im Kitasystem ausreichend Plätze brauchen.

Über die Fragen der wachsenden Stadt und wie wir uns bemühen, einerseits den Kitausbau weiter zu forcieren und andererseits für das entsprechende Fachpersonal zu sorgen, ist hier im Ausschuss natürlich schon vielfältig und ausreichend gesprochen worden. Die Frage, wie für sprachförderbedürftige Kinder Plätze ermöglicht werden können, ist darin eingebettet. Die Situation wurde dann 2015, als wir die Zuwanderung von vielen Flüchtlingskindern hatten, verschärft. Eine weitere Verschärfung des Problems wird eintreten, wenn diese Kinder schulpflichtig werden und besonderer Sprachförderbedarf gegeben ist. Wir haben deswegen auf vielfältige Weise nach Möglichkeiten, die von den Anzuhörenden auch angesprochen wurden, gesucht, dieses im Gesamtsystem zu verankern. Herr Schworck hat dargestellt, dass zum Teil in Schulräumen vor- oder nachmittags, je nachdem, was möglich ist, Angebote vorgehalten werden. Wir standen mit den Bezirken in intensivem Kontakt zu der Frage, wie man Jugendfreizeiteinrichtungen und ähnliche Institutionen nutzen kann, um auch da Sprachfördergruppen über Träger anzubieten. Darüber hinaus haben wir ein Angebot geschaffen – das nennt sich Frühe Bildung vor Ort –, das an Gemeinschaftsunterkünfte angedockt ist. Ich kann Ihnen dazu eine Übersicht zukommen lassen. Wir haben 14 Gruppen über die Bezirke verteilt an solche Gemeinschaftsunterkünfte angedockt – zwei davon in Tempelhof-Schöneberg. Wir werden das im Jahr 2021 weiter ausbauen. Das Angebot wird von unterschiedlichen Trägern der Jugendhilfe bedient und ist im Rahmen unserer Verträge mit den Liga-Wohlfahrtsverbänden vereinbart worden.

Darüber hinaus muss man sagen, dass zwei Aspekte die Frage des Platzangebots mitbestimmen. Erstens: Wie viele reale investive Plätze werden geschaffen? Zweitens: Haben wir genügend Fachkräfte? – Da verweise ich noch mal auf die Kitaentwicklungsplanung. Ich glaube, es war auch letztes Mal Thema, dass wir in eine Situation kommen, wo wir rechnerisch zwischen Bedarf und Angebot an Fachkräften eine ausgeglichene Situation haben werden. Das heißt, aus Sicht der gesamtstädtischen Draufschau der Senatsverwaltung wird es so sein, dass wir Plätze, die wir derzeit im Bestand haben, für die Bereitstellung zusätzlicher Plätze – und dann für diese Zielgruppe natürlich in besonderer Weise – nutzen können. Das heißt, wir sind noch nicht über dem Berg, aber es kann auch nicht sein, dass allein durch die Aussage: Es gibt ja sowieso keine Plätze – die Sache zur Seite gelegt wird. Natürlich bedarf es immer wieder einer besonderen Ansprache dieser Eltern und Familien, denn wir wissen, dass dort durch vielerlei Belastungen nicht an erster Stelle steht, sich frühzeitig um einen Kinderbetreuungsplatz zu bemühen.

Ich sage daher auch: Dass wir unser Stadtteilmütterprogramm auf eine valide, strukturell ausfinanziertere Basis gestellt haben, trägt mit dazu bei, dass wir Familien frühzeitiger erreichen. Es ist eine Schwerpunkttaufgabe der Stadtteilmütter, Familien darüber zu informieren, was es gibt, was eine Kita ist, wie man zu einer Kita kommt, wie man einen Kitagutschein bekommt usw. Auch darüber werden mehr Kinder frühzeitig in die Kita kommen. Das ist sozusagen der präventive Teil, den wir damit befördern. Der § 55 des Schulgesetzes spricht dagegen die Verpflichtung aus, wenn der Sprachförderbedarf festgestellt ist und noch keine Kita besucht wird. Wir arbeiten also mit einer Fülle von Anbietern zusammen, um auch außerhalb einer regulären Kitabetreuung ein Angebot zu schaffen, einen Sprachförderbedarf im Sinne des § 55 stattfinden zu lassen, und befinden uns da auf einem guten Weg.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Wir fangen mit der gemeinsamen Beratung und Fragestellung an. Herr Fresdorf hat das Wort. – Bitte schön!

**Paul Fresdorf (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, werte Anzuhörende, für Ihre Ausführungen! Es ist jedes Mal wieder spannend, auch noch mal den Blick von außen auf Themen zu bekommen. Ich finde es ein bisschen schade, dass heute der Kollege Langenbrinck wahrscheinlich wegen Pairing nicht da sein kann, denn das ist ja ein Steckenpferd von ihm ist. Oder ist er da? – Ich glaube, da werden im Anschluss noch ein paar kluge Fragen kommen.

Mein Eindruck ist, vielleicht können Sie mir da mit konkreten Zahlen oder Schätzungen weiterhelfen, dass das Thema mittelbare Arbeit für die Sprachstandsförderung unheimlich wichtig ist, und dass wir die im Personalschlüssel verstärkt einrechnen müssten, um dem Thema Sprachstandsförderung gerecht zu werden. Was würden Sie schätzen, welchen Anteil brauchen wir im Personalschlüssel für diese mittelbare Arbeit, die wir anrechnen müssten, mehr? Wie viele zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher brauchen wir in den Kindertagesstätten, um dieser Aufgabe gerecht zu werden? Ich glaube, das ist besonders spannend. Es ist, glaube ich, klar geworden, dass alle Planungen und Kraftanstrengungen, die in den letzten Jahren unternommen wurden, um Kitaplätze aufzubauen, nicht ausreichen, das zu erreichen, was wir wollen, nämlich eine freie Auswahl an Kitaplätzen, nach den entsprechenden Neigungen der Kinder, nach dem Willen der Eltern. Stattdessen muss man momentan den nehmen, den man bekommt, sodass Eltern, die wir vielleicht noch wohlwollend davon überzeugen müssen, das Kind in die Kita zu bringen, davon abgeschreckt sind, wenn sie über Monate einen Platz suchen müssen. Wir haben ja keine Vorhalteplätze, wenn ich das richtig verstanden habe. Wenn dem doch so sein sollte, würde ich mich freuen, wenn Sie mich da korrigieren.

Wenn man sich die Statistiken der letzten Jahre zu dem ganzen Thema Sprachstandsförderung anschaut, sind wir immer so bei 15 Prozent bis 17 Prozent an Kindern, die einen großen Förderbedarf haben, und ungefähr 70 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft haben einen Sprachförderbedarf. Das ist für mich immer noch erschreckend. Das ist eine sehr große Zahl. Wir müssen gucken, dass wir da früher herankommen, welche Strategien da verfolgt werden, ist mir noch nicht ganz klar. Ich meine, in den letzten Jahren beobachtet zu haben, dass wir immer wieder Kinder, bei denen ein starker Sprachförderbedarf definiert wird, verlieren, und die Kraftanstrengungen, diese Kinder einer Förderung zuzuführen, sind noch nicht ausreichend. Da würde mich interessieren, wie die Anzuhörenden dieses Thema bewerten. Bekommen wir alle Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben, gegriffen? Wie können wir es

schaffen, vielleicht wirklich alle zu bekommen? Denn jedem Kind, das wir auf dem Weg zurücklassen, machen wir den Weg zum persönlichen Glück kaputt. Bildung ist, glaube ich, der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und dazu, seines Glückes Schmied zu sein. Das verwehren wir diesen Kindern, wenn wir es nicht schaffen, ihnen diese Sprachförderung früh zukommen zu lassen.

Mein Fragen noch mal zusammengefasst: mittelbare Arbeit, wie viel zusätzliches Personal brauchen wir in den Kindertagesstätten? Wie viele Plätze, schätzen Sie, brauchen wir, um auch Vorhaltemöglichkeiten zu schaffen, damit gerade Kinder, bei denen ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde, schnell in eine Kita kommen? – Das wäre mir besonders wichtig. – Und wie können wir angesichts dieser hohen Zahl von rund 70 Prozent mit einem hohen Förderbedarf bei Kindern nichtdeutscher Herkunft dem Thema gerechter werden? Welche Wege sehen Sie als Anzuhörende? Wie kommen wir da besser in die Gruppen rein? – Vielen Dank !

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir machen weiter mit Frau Seidel. – Bitte schön!

**Katrin Seidel (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Auch von mir ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden für ihre Stellungnahmen und Einschätzungen! Das Problem, dass Kinder nicht in der Kita ankommen, obwohl sie einen festgestellten Sprachförderbedarf haben, beschäftigt uns ja in der Tat schon eine ganze Weile. Da wir parallel gerade an einer Schulgesetznovellierung arbeiten, wäre das vielleicht eine gute Gelegenheit, da noch einige Nachsteuerungen und Verbesserungen vorzunehmen. Es kann uns natürlich in keiner Weise zufrieden stellen – ich habe hier zu dem Thema die letzte rote Nummer mit Zahlen, Frau Thielen hatte auch einige Zahlen aufgeführt –, wenn in einem Jahr insgesamt 697 Kinder die Auflage zur Sprachförderung nicht erfüllen. Ich finde, das ist eine bedenkliche Größenordnung. Das können wir nicht dulden, und deshalb findet heute diese Anhörung statt, um noch mal Verbesserungsvorschläge unterbreiten zu können.

Ich habe ein paar Fragen bezüglich der konkreten Umsetzung, die zunächst in Richtung von Herrn Schworck gehen: Wie hoch ist bei Ihnen die Diskrepanz zwischen den Angeschriebenen und denen, die der Aufforderung nicht folgen? Wie schätzen Sie die Rolle ein, die Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten spielen? Es klang jetzt so, als wenn es nur geflüchtete Kinder betrifft. Und noch eine praktische Frage: Wie werden die Kinder erfasst, die in Flüchtlingsunterkünften nach ASOG leben? Aus anderen Bezirken habe ich gehört, dass es gar nicht so einfach ist, da eine vernünftige Datengrundlage zu bekommen.

Zu dem Aspekt Erreichen der Eltern: Wie unterstützen die Bezirke die Eltern bei der Suche nach einem Sprachförderangebot, gerade wenn auch noch bei den Eltern Sprachbarrieren vorhanden sind? Wie setzen Sie das um? Welche Priorität haben Kinder mit einem festgestellten Sprachförderbedarf in den Kitas und Kitagutscheinstellen bei der Platzvergabe? Gibt es da Verabredungen, die darauf abzielen?

In Richtung Senat habe ich auch noch eine Nachfrage: Aus älteren Erhebungen ist hervorgegangen, dass viele Kinder mit Sprachförderbedarf tatsächlich auch einen Integrationsstatus haben, also eigentlich vielfältige Förderungen brauchen. – Haben Sie einen Überblick, bei wie vielen Kindern ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde und wie viele davon einen Integrationsstatus haben? – Haben Sie einen Überblick darüber, welche gesonderten, kitaähnlichen Angebote in den Bezirken vorgehalten oder umgesetzt werden, damit die Förderung realisiert werden kann? Und in welcher Art und Weise unterstützt der Senat diese, ich sage mal, flexiblen Möglichkeiten und Angebote, die ja heute von mehreren Anzuhörenden angesprochen wurden, die man, weil die Kitaplätze nicht ausreichen, aus der Not heraus entwickelt hat? Mit welchem Verfahren erfasst der Senat die Ergebnisse der Testungen sowie die Realisierung der Sprachfördermaßnahmen? Gibt es da vonseiten des Senats eine Kontrollinstanz?

An die Anzuhörenden hätte ich die Nachfrage: Wie bewerten Sie die Tatsache, dass es in unserem Kitasystem immer noch so ist, dass 40 Prozent der Kinder einer Kita nötig sind, um für Sprachbildung und -förderung zusätzliche Personalmittel zu bekommen, diese berühmte 40-Prozent-Hürde? – Dabei will ich es zunächst belassen. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir machen weiter mit Herrn Simon. – Bitte schön!

**Roman Simon** (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich darf mich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Anzuhörenden ganz herzlich bedanken! Ich möchte zunächst an Frau Kühnemann-Grunow anknüpfen, die in den Tagessordnungspunkt mit dem, was in der letzten Wahlperiode verändert worden ist, eingeleitet hat. Wir haben zusätzlich dazu, dass wir in der letzten Wahlperiode die Sprachstandsfeststellung zeitlich von einem Jahr auf anderthalb Jahre vor Schuleintritt nach vorne gezogen haben, die Wochenstundenzahl der Förderung deutlich ausgeweitet. In dieser Wahlperiode ist dann von der jetzigen Koalition – Frau Kühnemann-Grunow hatte darauf hingewiesen, dass in der letzten Wahlperiode eine rot-schwarze Koalition regierte –, der Kitagutschein auf mindestens sieben Stunden täglich ausgeweitet worden. Das heißt, dass wir jetzt sozusagen ein Auseinanderlaufen der Kinder haben. Die Kinder, die über den normalen Kitagutschein kommen, kommen mit einem Wochenstundenanspruch und einem entsprechenden finanziellen Paket für 35 Stunden, was für die Träger, jedenfalls finanziell, interessanter ist als die Kinder, die einen festgestellten Sprachförderbedarf haben und mit einem finanziellen Paket für 25 Wochenstunden kommen. Ich frage den Senat, ob er beabsichtigt, hier eine Änderung anzuregen, damit das gleichgezogen und eventuell eine Unwucht herausgenommen wird. – Ich frage den Senat des Weiteren, ob er uns Zahlen zu 2019 und 2020 mitgeben kann. Frau Thielen hat uns ja dankenswerterweise die Zahlen für 2018 vorgetragen und auch schriftlich vorher eingereicht.

Ich habe an die Anzuhörenden Frau Thielen, Frau Sommerfeld und Herrn Kern die Frage, wie viele Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf zur Zeit in Ihrer Einrichtung bzw. in Einrichtungen Ihrer Mitgliedsunternehmen sind. Vielleicht wissen Sie das nicht, das ist auch kein Problem, aber vielleicht haben Sie da Transparenz, die Sie uns mitteilen können.

Ich frage den Anzuhörenden Herrn Schworck, der uns mitgeteilt hat, dass zurzeit 53 Kinder in weiteren Angeboten sind, wie viele Plätze in Tempelhof-Schöneberg vorhanden sein müssten, damit alle versorgt werden könnten. Müssten das doppelt, dreimal, viermal so viele und wie auch immer sein? Sie hatten erwähnt, Herr Schworck, dass dort zurzeit das Modell gefahren wird, dass drei- oder zweimal die Woche Förderung in Präsenz und abwechselnd zum Teil digital stattfindet. Das ist ja ein sehr innovativer Weg. So etwas haben wir im Kitabereich ansonsten nicht, sondern dort werden die Kinder vor Ort gefördert. Wie stellt der Bezirk sicher, dass bei den Familien digitale Endgeräte vorhanden sind? – Das wird ja sicherlich sichergestellt, sonst würden Sie das nicht anbieten. – Wie stellen Sie sicher, dass das von den kleinen Kindern auch genutzt wird? Es handelt sich ja um Kinder vor dem Grundschulalter; selbst bei Kindern im Grundschulalter wird ja gesagt, dass das eine nicht ganz einfache Art und Weise der Vermittlung von Bildung ist. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir machen weiter mit Frau Burkert-Eulitz. – Bitte schön!

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE): Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich habe das ein bisschen aufgeteilt, einmal geht es mir um den § 55 und einmal über die Frage Sprachförderung an sich. Hinsichtlich der Sprachförderung interessiert mich von den Anzuhörenden zu hören, was man in dem Bereich noch ausbauen und fortführen kann – zum Beispiel Thema Sprachkitas nach dem Bundesprogramm. Es gab vorhin die Idee der Aus- und Fortbildung von Facherzieherinnen und -erziehern. Ergibt das aus Ihrer Sicht Sinn? Und wenn ja, wie?

An Sie alle habe ich die Frage: Was wäre vielleicht eine bessere Alternative als der § 55, um Eltern und Kinder zu erreichen, die schwierig zu erreichen sind, selbst wenn wir genügend Kitaplätze hätten, weil die Jugendämter in solchen Fällen, wenn der Platz gesucht wird, in der Regel durchaus hilfreich und unterstützend tätig sind und auch Träger solche Plätze vorhalten?

Bei dem anderen Punkt – § 55 – ist interessant: Ist das Schulgesetz? Wer trägt von der Verwaltung vor? Die Jugendstaatssekretärin? Da würde mich auch interessieren, wie sich in Ihrem Haus insgesamt – das ist ja Schulgesetz – die Senatsschulverwaltung da noch mit reinhängen möchte, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Herr Schworck hat das, glaube ich, ganz gut dargestellt, wie schwierig das auch in der Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und dem Schulbereich ist. Man kann eigentlich sagen – das Ding ist jetzt seit ungefähr neun Jahren in Kraft –, dass sich das nicht als geeignetes Mittel, ich würde es fast als untaugliches Mittel bezeichnen, herausgestellt hat, um diese Kinder und Familien zu erreichen. Nach neun Jahren funktioniert es immer noch nicht, deswegen muss man über andere Dinge nachdenken. Es war ein Punkt, um irgendwie die Kitapflicht zu umgehen und irgendwie über das Schulgesetz die Jugendhilfe zu verpflichten. Wie ich das auch bei den Jugendämtern erlebe, ist das nicht gerade das Traumprojekt der Jugendhilfe und der Kitaseite. Ich wäre deswegen sehr dankbar, wenn Sie uns da Alternativen aufzeigen können. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Frau Seidel, bitte schön!

**Katrin Seidel (LINKE):** Ich habe nur noch eine Kleinigkeit vergessen: Mich würde noch interessieren, wie die Praktiker das einschätzen, dass die Nichtinanspruchnahme der verpflichtenden Sprachförderung mit einem Ordnungsgeld belegt ist. Vielleicht kann mir jemand etwas dazu sagen, inwieweit das umgesetzt wird, bzw. wie diese Maßnahme an sich gewertet wird.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Die Antworten kommen von hier vorne, und zwar von unseren Anzuhörenden. Ich möchte fairerweise mit den Namen von hinten anfangen. – Frau Thielen, Sie haben als Erste das Wort, um auf die Fragen, die in Ihre Richtung gegangen sind, einzugehen. Bitte schön!

**Dorothee Thielen (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e. V.):** Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende! – Ich beantworte selbstverständlich, sehr geehrte Damen und Herren, gern Ihre Fragen. Über einiges kann ich mit Ihnen gemeinsam nur philosophieren, weil ich es nicht weiß. Zur Fragestellung, wie gut es gelingt, alle Nichtkitakinder aufzufinden, kann ich Ihnen nur wenig sagen. Es mag aber gute Gründe geben, warum Eltern ihre Kinder nicht in eine Kita geben. Das mag kulturelle Gründe haben, das mag aber auch einen Zusammenhang mit einer Erkrankung oder einer Pflegebedürftigkeit eines Kindes haben, das deshalb eine Kita gar nicht besuchen kann. Es mag auch einen Zusammenhang damit haben, dass es für Eltern mit behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern immer noch sehr schwierig ist, ihre Ansprüche nicht nur geltend zu machen, sondern auch faktisch umsetzen zu können. All das mögen Gründe sein, warum Kinder eine Kita nicht besuchen. Insgesamt ist natürlich alles zusammen bedauerlich.

Wie können wir also Eltern besser motivieren, vor allen Dingen aber auch informieren und unterstützen, einen Kitaplatz zu finden? – Da kommen aus unserer Sicht den Familien aufsu-

chenden und Familien beratenden Stellen – und davon gibt es sehr viele und vielfältige in allen Bezirken – eine besondere Bedeutung zu. Sie haben eine Wegweiserfunktion. Wird diese Wegweiserfunktion verpasst, fällt es immer schwerer, diese Eltern zu erreichen bzw. sie darin bestmöglich zu unterstützen, einen Kitaplatz zu finden. Hier gibt es aus unserer Sicht einen deutlichen Bedarf, diese Stellen in eine bessere Vernetzung miteinander zu bringen und vor allen Dingen auch zielgruppengerechte Informationen an die Eltern zu geben.

Zur Fragestellung der pädagogischen Arbeit, die nicht unmittelbar am Kind erbracht wird: Auch dazu kann man sich aus meiner Sicht akademisch versteigen. Ich möchte jetzt mal Ihren Blick auf das Thema der Zusammenarbeit mit den Eltern lenken, die, glaube ich, insbesondere für diese Kinder ganz relevant und entscheidend ist, denn es soll ja nicht nur darum gehen, dass das Kind in der Kita unterstützt wird, sondern dass die Eltern auch verstehen und in die Lage versetzt werden, diese Förderung im Zuhause der Kinder, in der Familie gut fortsetzen zu können.

Wenn ich in das Gute-KiTa-Gesetz und in den Maßnahmenkatalog schaue, dann sehe ich, dass die Jugendverwaltung, so wie wir auch, das gleiche Ziel verfolgt, nämlich Kitas in sozialen Brennpunktlagen mehr in den Blick zu nehmen und zu unterstützen. Ob die derzeit geplante Umsetzung, das mit einer Zulagenzahlung an die Beschäftigten zu tun, geeignet ist, wage ich sehr stark zu bezweifeln. Wir plädieren dafür, dass es sinnvoller ist, diese Ressourcen für zusätzliche Fachkräfte in den Einrichtungen, die die Kinder fördern und die Eltern bestmöglich begleiten und unterstützen, einzusetzen.

Zur Fragestellung: Wie viele Kinder mit Sprachförderbedarf gibt es? – Da sei Herrn Langenbrinck ein Dank ausgesprochen, auch wenn wir auf Zahlenmaterial aus dem Jahr 2018 zurückgreifen müssen. In der Regel befinden sich in den Kitas 25 000 bis 26 000 Kinder, die auf ihren Sprachförderbedarf hin getestet werden. Ungefähr 30 Prozent dieser Kinder sind dann – in Anführungsstrichen – auffällig und bedürfen über die schon geleistete Förderung hinaus einer noch intensiveren Unterstützung.

Zum Ordnungsgeld kann ich Ihnen nichts sagen. Wir sind da als Verband, glaube ich, nicht die richtige Stelle. Ich kann mich nur dazu äußern, ob sich die Verhängung eines Ordnungsgeld positiv motivierend auswirken würde. Vielleicht überlegen Sie mal selbst, wie eine Strafandrohung auf Eltern wirken würde. Ich glaube, das würde nicht gut unterstützen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Wir machen jetzt digital weiter. – Frau Dr. Sommerfeld, Sie haben das Wort, bitte schön!

**Dr. Jana Sommerfeld** (Pankower Früchtchen gGmbH) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich möchte im Prinzip nur noch ein paar Sachen ergänzen, weil Frau Thielen schon die meisten Fragen sehr gut und ausführlich beantwortet hat. Zur mittelpädagogischen Arbeit: Ja, das ist richtig, wie wollte man das bemessen? – Es gab aber schon Erhebungen dazu. Wenn man konkret nach einer Prozentzahl fragt, würde ich sagen: 10 Prozent bis 15 Prozent pro Mitarbeiter entsprechend seiner Arbeitszeit, weil für die Pädagoginnen und Pädagogen in den Einrichtungen mehr an Arbeit hinzugekommen ist, die außerhalb des Kindes zu erledigen ist. Da gehören natürlich gerade Elterngespräche, Entwicklungsgespräche zu den Kindern dazu. Das

bedarf viel Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung. Das heißt, das ist eine wesentliche Zeit, um sich mit einem einzelnen Kind oder einer einzelnen Familie zu beschäftigen.

Wie kommen Kinder bzw. diese Kinder mit Migrationshintergrund in die Kita? – Ich denke, das ist von Stadtbezirk zu Stadtbezirk sehr unterschiedlich. Gute Erfahrungen habe ich persönlich in Charlottenburg mit den Stadtteilmüttern, aber auch in der Arbeit in den Kinder- und Familienzentren gemacht. Das heißt, durch die Schaffung von niedrigwelligen Angeboten durch Personen, beispielsweise Ehrenamtliche, die verschiedene Sprachen sprechen, die auf die Familien zugehen und sie einladen – sei es zum Tee, zum Kaffee, zum Stück Kuchen. Damit diese Familien überhaupt erst mal die Bekanntschaft mit so einer Einrichtung machen, bedarf es wirklich viel Feingefühl, Wertschätzung, ein Einlassen auf andere Kulturen, um die Familien zu erreichen. Das sind ganz viele kleinteilige Schritte. Selbst im Wedding – darüber kann ich auch reden – gab es sehr gute Erfahrungen. Da waren es Familien aus den eigenen Einrichtungen, die auf andere Familien zugegangen sind. Man muss ins Reden kommen. Das ist sehr aufwendig und teilweise sehr zeitintensiv, aber damit kann man sehr viel erreichen, denn nur darüber bekommen wir Vertrauen, und die Familien Vertrauen zu uns, um unsere Einrichtungen aufzusuchen. – Das zu diesem Punkt.

Die 40-Prozent-Hürde ist schwierig einzuschätzen. Auch das ist von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich, denn nicht jede Kita – in Anführungszeichen – erreicht diese Quote, weil gar nicht so viele Familien mit Migrationshintergrund da sind. Der Umgang damit wird in den einzelnen Kitas bzw. bei den Trägern auch unterschiedlich gesehen.

Die Aufnahme von Sprachförderkindern ohne Kitaplatz ist schwierig. Das habe ich vorhin schon gesagt. Selbst wenn es einen Anreiz seitens des Senats gibt, sind die Plätze für diese Altersgruppe, wenn sie erst mit vier oder fünf in die Kita kommen, einfach nicht da. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es sich eine Einrichtung leisten kann, die Kitaplatze über so viele Jahre freizuhalten, denn der Bedarf ist von Anfang an da. Das heißt, die Kinder sind seit dem ersten oder zweiten Lebensjahr in der Einrichtung, und demzufolge sind die Plätze einfach mal belegt. Es bedarf einfach mehr Kitaplatze.

Natürlich haben wir noch nicht ausreichend Personal. Ich glaube, dessen sind wir uns auch alle bewusst, aber nichtsdestotrotz dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir dürfen und sollten die Kinder nicht verlieren.

Dann zu der Frage: Sprachförderung, was ist auszubauen? – Ich plädiere hinsichtlich der Erzieherausbildung, dass dort Sprache, Facherzieher für Sprache, ein wesentlicher Bestandteil sein sollte und müsste. Meine Erfahrungen aus dem jetzigen Jahr und den vergangenen Jahren sind: Es wird schwieriger, Mitarbeiter, Pädagoginnen und Pädagogen zu finden, die sich weiterer Zusatzqualifikationen bedienen. Auch Facherzieherinnen und -erzieher für Integration sind ganz schwierig zu finden, und bei den Facherzieherinnen bzw. -erziehern für Sprache ist das ähnlich. – Das erst mal von mir als Statement. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Danke auch Ihnen! – Wir machen weiter mit Herrn Schworck, hier vor Ort. – Bitte schön!

**Oliver Schworck (BA Tempelhof-Schöneberg):** Herzlichen Dank! – Sorry an die Technik vorab. – Es ja eine Reihe von Fragen. Ich versuche mal im Galopp zu antworten. Herr Simon

fragt, wie der digitale Unterricht oder diese Begleitung bei der Sprachförderung funktioniert. Ich konnte es auch erst mal nicht glauben, aber es gibt da eine sehr interessante Zusammenarbeit mit den Trägern der Unterkünfte. Bei uns kommen die Kinder zu einem überwiegenden Teil, eigentlich nahezu ausschließlich, aus geflüchteten Familien, die in den GOs untergebracht sind. Hier arbeiten wir mit den entsprechenden Trägern zusammen. Die Ausstattung ist für alle, die daran teilnehmen, vorhanden, sodass über eine Konferenz – ich sage jetzt nicht, über welchen Anbieter – eine Gemeinsamkeit erzeugt werden kann. Ich stelle mir das aber in der Tat sehr schwierig vor. Wenn Sie dazu Einzelheiten haben möchten, dann frage ich gerne den Träger bei uns, das ist Edusation, und bitte darum, kurz zu beschreiben, wie die das organisieren. Dann würde ich Ihnen, Frau Vorsitzende, anbieten, das an die Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten. – Danke schön!

Dann hat Herr Fresdorf gefragt, wie wir in die Gruppen reinkommen. Erst mal hat er noch gefragt, ob es nicht besser ist, so früh wie möglich mit Sprachförderung anzufangen. – Ja, finde ich auch. Sie müssen dann aber auch tatsächlich vorhanden sein. Ich sagte ja schon: Die geflüchteten Familien kommen bei uns unter, aber sie sind dann eben irgendwann erst da. Darauf haben wir keinen Einfluss. Sobald sie da sind, und es einigermaßen passt, versuchen wir es einzuplanen. Hier überschneiden sich auch die Fragen von Frau Seidel und Frau Burkert Eulitz: Wie kommen wir in die Gruppen rein? Wo sind die Daten her? – Ja, wir kriegen die über das LAF. Da gibt es zum Glück nahtlose Daten, die übermittelt werden, sobald die geflüchteten Familien in den Bezirk kommen, sodass dann die Bezirke wissen, wer da angekommen ist. Das hat am Anfang nicht so gut funktioniert, da haben wir sie sehr spät bekommen. Jetzt bekommen wir diese Zahlen sehr zeitnah, sodass wir wissen, mit wem wir da umgehen müssen. Das betrifft ja nicht nur die, die eine Sprachförderung bekommen, sondern auch die, die möglicherweise schon im schulpflichtigen Alter sind und dann zum Beispiel in die sogenannten Willkommensklassen müssen. Deswegen müssen wir das alles wissen, und das läuft auch ganz gut. Wir gleichen das mit den Trägern der Unterkünfte ab und haben das Gefühl, dass uns jedenfalls da niemand durch die Lappen geht und wir hier einen vollständigen Überblick haben.

Allerdings – und das ist tatsächlich die Schwierigkeit, die wir noch haben – besteht die Sprachbarriere. Wir versuchen sie von unserer Seite, und die, die wir ansprechen wollen, versuchen sie von ihrer Seite zu nehmen. Da kommen wir noch nicht ganz zueinander. Deswegen müssen wir da, glaube ich, noch eine ganze Menge ausprobieren.

Frau Seidel, Sie haben gefragt – so habe ich jedenfalls die Frage verstanden, die so schnell gekommen ist, dass ich sie nicht aufschreiben konnte –, wie wir die Eltern unterstützen, was wir mit den Kitagutscheinen machen und welche Unterstützung wir vonseiten des Jugendamts dazu anbieten. Gibt es da überhaupt genug Information? Fließt das alles? Haben wir die Sprachbarriere? – Wir versuchen jetzt unseren Infopoint, das ist eine Art Familienservicebüro, das wir schon über Jahre für genau solche Anliegen bezüglich der Vermittlung von Leistungen im Jugendamt eingerichtet haben, noch weiter auszubauen. Wir sind gerade dabei, Familienservicebüros im Bezirk weiter zu installieren. Da soll auch eine Kooperation mit Trägern und dann auch zum Beispiel mit Sprachmittlern funktionieren, sodass wir hier hoffentlich zu einer guten Unterstützung der Eltern kommen.

Reicht das? Wie kommen wir in die Gruppen rein? – Ja, das ist wirklich ein Riesenthema. Das beschäftigt uns auch. Wir versuchen das jetzt über folgendes Netzwerk zu lösen: Sie wissen

alle, dass es in den Bezirken das Netzwerk Frühe Hilfen gibt. Wir haben das deutlich zu einem Präventionsnetzwerk ausgebaut, das vom zarten Kitaalter bis zum Übergang Schule Beruf immer besser funktioniert und wir immer mehr Player dabeihaben. Gerade im Bereich der Frühen Hilfen versuchen wir durch noch stärkere Zusammenarbeit, das Netz wirklich sehr dicht werden zu lassen, und uns auch regelmäßig auszutauschen. Wir wollen hier, das wurde auch schon angesprochen, niedrigschwellige Angebote entwickeln, die es einfacher machen, diese Familien in den Familienzentren, in Kitas, in anderen Einrichtungen, die wir haben, anzusprechen, aber auch über ganz niedrigschwellige Gruppenangebote in die Einrichtungen zu holen und ihnen nahezubringen, was Kitas sind, dass sie wichtig sind, dass es sinnvoll sein kann und dass sie diese Angebote sehr wohl auch nutzen können. Ich denke, nur so kann es funktionieren. Andere Möglichkeiten der Belehrung scheinen da eher kontraproduktiv zu sein. Wir müssen tatsächlich gemeinsam mit den Eltern erarbeiten, dass wir hier Angebote haben, die unterstützenswert sind und die dann auch genutzt werden sollen. Das ist unser Weg, den wir weitergehen wollen.

Zur Frage: Ist eine Verpflichtung sinnvoll? – Ich glaube: nein. Deshalb nicht – das habe ich vorhin schon gesagt, das passt vielleicht auch ganz gut zu der Frage, ob wir schon einmal Bußgelder festgesetzt haben –, weil Sie Bußgelder festsetzen, wenn es Angebote oder Verpflichtungen gibt, die dann auch wahrgenommen werden können, wo nicht das Unvermögen in demjenigen liegt, der dieses Angebot auch annehmen soll. Wenn wir keine Plätze haben, wenn alles voll ist und wir das nicht anbieten können, worin soll die Verpflichtung bestehen? – Dann wird das Unvermögen derjenigen deutlich, die diese Verpflichtung gar nicht erfüllen können. Deswegen können Sie kein Bußgeld an der Stelle festsetzen. Sie können zwar damit drohen, sodass man vielleicht in den Kontakt kommt, aber dann müssen Sie auch dabei bleiben und diese Angebote, diese Ressourcen zur Verfügung stellen. Das schaffen wir momentan nicht.

Da nach der Anzahl gefragt wurde: Wir brauchen mehr als das, was wir jetzt haben. Wir schaffen weniger als die Hälfte an Plätzen zur Verfügung zu stellen. Es wäre schön, das ist ungefähr eine Erfahrung aus den letzten Jahren, das hängt auch mit der Anzahl der Unterbringungsmöglichkeiten für die geflüchteten Familien zusammen, wenn wir ungefähr noch mal 70, 80 Plätze mehr hätten, die benutzt und belegt werden könnten. Solange wir die nicht haben, macht ein Zwang wenig Sinn. Auch für die, die diesen Platz nutzen können, brauchen wir diesen Zwang nicht. Wenn wir in Kontakt kommen und schon durch Vorbereitungen auf dieses Angebot, die Eltern dazu bringen können, die Sinnhaftigkeit dieses Angebots zu erkennen, dann stellen wir jedenfalls keine Verweigerung fest – ganz im Gegenteil. Dieses Angebot wird sehr gern angenommen. Es muss nur verstanden werden, und zwar von den Eltern und nicht von den Kindern. Hier braucht es noch eine Menge an Kooperation und Zusammenarbeit. Ich glaube, da kann man deutlich noch etwas draufpacken, und es gibt noch Luft nach oben, aber die Frage, ob eine Verpflichtung per Gesetz dann noch notwendig oder sinnvoll ist, finde ich richtig gestellt. – Danke schön!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Auch Ihnen ein Dankeschön! – Herr Kern, Sie haben zum Schluss noch das Wort, bitte schön!

**Roland Kern (DaKS e. V.)** [zugeschaltet]: Ich fange mit der mittelbaren pädagogischen Arbeit an, wo uns Herr Fresdorf gefragt hat, dazu hätte ich noch mal 20 Extrafolien, die erspare ich Ihnen in aller Kürze. Die mittelbare pädagogische Arbeit ist ja Teil des allgemeinen Berli-

ner Personalschlüssels für Kitas. Das heißt, man muss immer mühsam erklären, dass das, was im Gesetz steht, nicht das ist, was ich in der Gruppe sehe, weil im Personalschlüssel nicht nur die mittelbare pädagogische Arbeit, sondern auch Urlaub und Krankheit usw. drinstecken. Der Personalschlüssel beruht auf Festlegungen aus den Siebzigerjahren. Damals ist man für diese Tätigkeiten von etwa 7 Prozent ausgegangen, die wir heute unter mittelbare pädagogische Arbeit fassen. Das ist weit weniger als man heute überall für notwendig hält. Es hat in Berlin 2009 von einer Arbeitsgruppe aus den Eigenbetrieben, den Ligaverbänden und dem DaKS eine sehr genaue Untersuchung gegeben. Die hat festgestellt, dass 23 Prozent notwendig sind. Das ist eine Zahl, die in etwa auch von anderen unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchungen quer durch die Fachwissenschaft bestätigt wird.

Das sind mal 20 Prozent, mal 25 Prozent – in dem Bereich bewegen wir uns. Ich bin jetzt nicht in der Lage, Ihnen ganz schnell zu sagen, wie viele zusätzliche Stellen das wären. Das wird allen Haushältern Schweißperlen verursachen, aber man kann das mal rechnen, mache ich vielleicht auch mal.

Zweite Frage: Bekommen wir alle Kinder gegriffen, oder entwischen uns Kinder mit Sprachförderbedarf? – Eine zweigeteilte Antwort: Ich glaube, wenn wir sie einmal in den Kitas haben, dann sind wir nah dran, dann – das ist zumindest mein Empfinden – sind die Einrichtungen auch sehr hinterher, wenn solche Kinder dann nicht zur Kita kommen. Wir haben ja keine Kitapflicht, keine Erscheinungspflicht, aber wenn die dann viel wegbleiben, dann kümmern sich die Einrichtungen. Das Problem sind die, die gar nicht erst reinkommen. Dazu haben jetzt viele vieles gesagt. Das kann ich alles nur unterstreichen. Vielleicht noch dazu: Es gibt eben eine Konkurrenz um die Plätze, und da setzen sich ausgerechnet die Familien oder die Kinder, die es besonders nötig hätten, am schlechtesten durch.

Speziell zu dem Thema geflüchtete Kinder in Gemeinschaftseinrichtungen: Da gibt es, Frau Klebba hat darauf hingewiesen, die FBO – Frühe Bildung vor Ort. Das ist ein gutes Instrument, das immer als Brücke in den Kitabereich rein gedacht war. Es hat leider viel zu lange gedauert, bis wir es etabliert haben. Ich hoffe, dass es sich jetzt mehr durchsetzt und als eine solche Brücke funktioniert. Letztlich kommen wir aber immer wieder dahin: Wir brauchen einfach ein größeres Angebot, damit diese Familien in der Platzkonkurrenz nicht untergehen.

Jetzt kommen wir zu der Frage, wie wir gerade solche Familien unterstützen können und ob eine 40-Prozent-Schwelle sinnvoll ist. Aus meiner Sicht geht es darum, die endlichen Ressourcen sinnvoll einzusetzen, und an der Stelle finde ich eine Schwelle sinnvoll, ob sie bei 40 Prozent liegen muss, kann man immer diskutieren, aber mit einem normalen Maß an Heterogenität sollte jede Berliner Kita umgehen können. Es ist sinnvoll, besondere Mittel dort hinzugeben, wo besonders viele Kinder sind. – [Übertragung unterbrochen.] –

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Herr Kern, Sie sind nicht zu hören und nicht zu sehen. Dann würde ich den Vorschlag machen, dass wir mit Frau Staatssekretärin Klebba oder Frau Staatssekretärin Stoffers fortfahren. – Es kamen ja auch Fragen in Ihre Richtung. Vielleicht können Sie diese erst beantworten, und dann schalten wir Herrn Kern noch mal zu seinen Schlussäusserungen dazu. – Bitte schön! Wer fängt an? – Frau Staatssekretärin Stoffers, bitte schön!

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Von den Anzuhörenden, auch von Herrn Schworck, ist deutlich artikuliert worden: Wir schaffen es nicht, ausreichend Plätze anzubieten oder zu vermitteln. – Diesbezüglich möchte ich noch mal auf das Angebot, das der Senat auf den Weg gebracht hat, hinweisen und dabei auch auf die Frage, inwiefern der Senat bei diesem Verfahren, das ja eigentlich vom Prozess, vom gesamten Ablauf den Schulämtern obliegt, unterstützt. Wir unterstützen hier durch sogenannte Sprachförderberaterteams, regionale Sprachberaterteams, die wir auf den Weg gebracht haben, die einerseits Ausweichgruppen realisieren und andererseits, was ganz wichtig ist, Eltern beraten, Netzwerkarbeit zum Auffinden eines Platzes unternehmen und die Sprachstandsfeststellungsverfahren begleiten. Diese regionalen Sprachberaterteams sind auch jetzt zu Pandemiezeiten tätig geworden und haben dafür gesorgt, dass die Sprachförderbedarfe mitabgedeckt werden können. Wichtig ist, dass wir in unserer Stadt ein Klima der Offenheit haben,

diese Kinder, in welcher Einrichtungen auch immer – ob diese Förderung in Einrichtungen der Jugendhilfe oder am Ort Schule stattfindet –, aufgenommen und unterstützt werden.

Ich möchte noch einmal, da ja vorhin auf die Historie hingewiesen wurde, in Erinnerung rufen, dass wir das Verfahren ein wenig verändert haben, dass wir es im Jahr zeitlich vorgezogen und es vor allem ausgeweitet haben. Wir fördern nicht mehr nur ein Jahr, sondern geben inzwischen auch 18 Monate. Ich finde, wenn wir uns mit anderen Bundesländern vergleichen, können wir zwar für uns selbst im Blick nach innen sagen, dass wir mit den Ergebnissen noch nicht zufrieden sind, aber im bundesweiten Blick kann man schon sagen, dass das, was Berlin hier mit dem § 55 stemmt, bundesweit einmalig ist.

Es war die Frage nach der Datenlage der vorschulischen Sprachförderung für Nichtkitakinder. Diesbezüglich habe ich Daten für das Jahr 2020 vom 31. Oktober 2020 vorliegen. Hier wurden rund 2 900 Einladungen der Bezirke für den Test verschickt. Wer sich nicht innerhalb von vier Wochen gemeldet hatte, bekam eine Erinnerung. Insgesamt wurden 1 296 Kinder getestet, und es wurde ein Sprachförderbedarf von 79 Prozent festgestellt, nämlich bei 1 028 Kindern. Das zeigt, wie wichtig es ist, auch Schulämter mit Angeboten zu unterstützen. Wir haben von Senatsseite Ausweichgruppenplätze für momentan ca. 520 Kinder geschaffen.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam):** Ich möchte von meiner Seite darauf eingehen, dass wir jetzt an den vielen Rückfragen und der zweiten Runde der Experten gesehen haben, dass diese Debatte um die Sprachförderung immer einen quantitativen Aspekt: Wie viele Kitaplätze haben wir, um genau diese alltagsintegrierte Sprachförderung vornehmen zu können? – und einen qualitativen Aspekt hat: Wie wird diese durchgeführt, was braucht man dafür an Ressourcen, wie ist das umzusetzen? – Zu der quantitativen Frage kamen ja mehrere Statements: Vorhalteplätze gibt es ja nicht. – Das ist in der Tat so. – Würden wir das benötigen, oder wie ist eigentlich unser System und unser Ausbau angelegt? Wie viele Plätze bräuchten wir denn da? – Man muss natürlich sagen, unsere Kitaentwicklungsplanung nimmt alle Kinder in den Blick. Das heißt, alle, die in der relevanten Altersgruppe gemeldet sind, werden in der Ausbauplanung bedacht. Wir haben darüber beim letzten Mal ausführlich gesprochen, das ist dort auch nachlesbar, dass in den nächsten Jahren mit den schon bestehenden Ausbauprogrammen 15 000 Plätze auf den Weg gebracht sind, die im Ausbau sind und für die finanziellen Untersetzungen vorhanden sind. Zum Jahresende 2025 oder Mitte 2026 müssen noch weitere 8 000 Plätze mit Programmen unterlegt werden, damit dann ein ausreichender Umfang da ist, um allen Kinder eine freie Wahl, wovon ja hier auch mehrmals die Rede war, zu ermöglichen. So ist die Ausbauplanung angelegt, und so müssen dann die Entscheidungen fallen, damit der Ausbau entsprechend gelingen kann.

Mit der Frage nach Vorhalteplätze kommen wir natürlich sofort zu einem Aspekt, den wir auch mehrmals mit den Bezirken hin und her ventilert haben: Natürlich gibt es in den Bezirken Listen der Kinder, die einen Kitagutschein haben, aber keinen Platz finden. Diese Fragen: Wie steuert man das? Oder: Wer hat denn jetzt wie Vorrang dafür? Das müsste ja dann zu Vorhalteplätzen führen, denn es stellt sich ja in der Tat die Frage, wann Plätze belegt werden. Frau Thiel hat es, glaube ich, angesprochen, dass natürlich im Laufe des Kitajahres das System vollläuft. Im Juli scheiden die Kinder, die in die Schule gehen, aus, und dann füllt sich das Kitasystem langsam mit neuen Kindern. Wir sehen aber auch aus der Kitaentwicklungsplanung, dass die nachwachsenden Jahrgänge größer sind als die, die ausscheiden. Das heißt, dass auf jeden Fall mehr Kinder von unten nachkommen. Je früher sie im System sind, desto

mehr belegen sie die Plätze. Für die Nichtkitakinder, die dann im vorschulischen Alter kommen, wird es mit der Verfügbarkeit der Plätze in den entsprechenden Gruppen immer knapper, weil da schon die Kitakinder, die im System drin sind, die Plätze belegen. Das ist die Schwierigkeit. Ich glaube, es ist nachvollziehbar, welche Schwierigkeiten mit der Frage, ob man Vorhalteplätze, die ja aus den vorhandenen herausgeschnitten werden müssen, schaffen kann, verbunden sind.

Herr Simon hat angemerkt, dass der Anspruch auf Sprachförderung für Nichtkitakinder nicht sieben Stunden, wie ein Teilzeitplatz, den wir jetzt in der Tat ausgeweitet haben, beinhaltet. Ich will dazu sagen, dass natürlich bei all diesen Kindern, die einen Sprachförderbedarf haben, das Angebot besteht, einen Kitaplatz wahrzunehmen, sprich einen Kitagutschein zu erwerben, der sofort die sieben Stunden beinhaltet, denn jedes Nichtkitakind wird ja sofort ein anderes, wenn es in die Kita kommt. Das ist ja auch mit dem § 55 abgedeckt. Nur diejenigen, die keinen Platz finden oder wollen – das mag es ja auch geben –, wären über den § 55 abzudecken.

Wir haben jetzt in den Angeboten, die ich beschrieben habe – Frühe Bildung vor Ort, angebunden an die Gemeinschaftsunterkünfte –, vereinbart, dass es dort einen Anspruch auf die sieben Stunden gibt, damit dieses auch in den Finanzierungsstrukturen genauso attraktiv wie ein vergleichbares Angebot ist. Ich will dazu noch sagen, dass wir mit der Senatsverwaltung für Integration in der Frage der MUFs und der Entstehung der MUFs hinsichtlich der Planung von Kindertageseinrichtungen sehr gut zusammenarbeiten. Da läuft gerade die Genehmigung – allerdings erst am zweiten Standort, ich glaube, es ist Marzahn-Hellersdorf –, wo die Kita gleich mitgedacht wird. Hier muss man auch darauf achten, dass es nicht ganz homogene Kitas werden, die jetzt nur Flüchtlingskinder aufnehmen, also auch die Öffnung in den sozialen Raum hinein im Blick behalten, weil das natürlich jede Förderung befähigt und besser macht.

Wenn wir uns dem qualitativen Aspekt nähern, dann stößt man in der Tat auf die Frage, was an Ressourcen notwendig oder sinnvoll ist. – Das eine ist zum Beispiel das Bundesprogramm mit der Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für Sprachkitas, wo die Sprachförderung durch zusätzliche Ressourcen ein Schwerpunkt ist. Die Auswahl dieser Kitastandorte wird anhand von Regularien im Bundesprogramm getroffen, beispielsweise wird geguckt, wo bestimmte sozialbelastete Gebiete sind, um dann dort besondere Ressourcen bereitzustellen. Es gibt aber noch andere inhaltliche Aspekte – das Stichwort Kölle-Kommission ist gefallen –, die die Frage, wie Sprachförderung in den Einrichtungen stattfindet, ob es einer besonderen Heraushebung von sprachförderbedürftigen Kindern aus dem normalen Gruppenbetrieb bedarf, behandelt hat. Das spielt auch im Rahmen der Kölle-Kommission eine Rolle. Es gibt dazu im wissenschaftlichen Bereich unterschiedlichste Haltungen. Das muss weiter betrachtet werden, um den richtigen Weg zu finden, wie man das mit zusätzlichen Ressourcen, die dann natürlich auch vorhanden sein und bereitgestellt werden müssen, methodisch und inhaltlich in einer Kita verankern kann.

Wir haben jetzt die Zuschläge für Kitas in sozial belasteten Gebieten, also den QM-Zuschlag, und den Zuschlag für Kitas mit einem bestimmten Anteil an Migrantenkindern. Da stehen immer die Fragen im Raum, ob es die richtige Zuweisung ist und was darüber hinaus an zusätzlichen Ressourcen bereitgestellt werden kann. Das soll aber eine besondere Belastung und einen Förderungsbedarf – dazu gehört auch die Sprachförderung – abbilden.

Die von Frau Thiel genannte Brennpunktzulage war wiederum anders gedacht. Die hatte mit zusätzlichen Ressourcen erst mal nichts zu tun, sondern da ging es darum, dass wir wissen, sehen und nachweisen können, dass sich in einer verknüpften Fachkräftesituation die Fachkräfte mehr in Gebieten bewerben, die nicht sozial belastet sind. Da steht der Aspekt im Vordergrund, durch Zulagen einen bestimmten Anreiz zu schaffen, sodass auch in solchen Gebieten ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht. Das ist mit der Brennpunktzulage gemeint. Das ist auch im Rahmen des Guten-KiTa-Gesetzes abgebildet.

In der Tat heißt die frühe Information, das früher Erreichen von Familien und Kindern, das Herr Schworck auch angesprochen hat: Vernetzungssysteme, Familienservicebüros, aber auch zielgruppenspezifische Informationen. Ich will nicht verhehlen, dass wir ja auch die Elternbriefe in verschiedenen Sprachen herausgeben, wo wir für den Kitabesuch werben. In der Tat ist die zielgruppenspezifische Ansprache ein wesentlicher Teil, der notwendig ist und von uns mit dem Stichwort Stadtteilmütter flankiert wird.

Diese Aspekte verfolgen wir weiter, aber im Gesamtsystem heißt es in der Tat: Ausbau und auch spezifische, gesteuerte Ressourcen für die methodische Umsetzung im qualitativen Bereich der Sprachförderung. Das sind die Aufgaben, die auch in Zukunft bestehen.

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Vielen Dank für die ausführliche Antwort, Frau Staatssekretärin! – Dann gucke ich noch mal in die Richtung von Herrn Kern.

**Roland Kern (DaKS e. V.)** [zugeschaltet]: Es tut mir leid, ich bin kurz rausgeflogen. Herzlichen Dank, dass ich dazu noch Gelegenheit habe zu den Fragen zu kommen, die ich noch nicht beantwortet habe. Ich war zuletzt bei der 40-Prozent-Schwelle. Wie gesagt: Ich finde es sinnvoll, Ressourcen dorthin zu geben, wo die Problemlagen am größten sind. Mit einer gewissen Grundheterogenität und -diversität muss, glaube ich, jede Einrichtung in dieser Stadt umgehen können, deswegen sind Schwellen sinnvoll. Wir stellen uns vielleicht ein anderes Modell vor, in dem man eine erste Schwelle vielleicht bei 20 Prozent, 30 Prozent und eine zweite Schwelle bei 50 Prozent, 60 Prozent legt. Das ist im Schulbereich ähnlich angelegt, vielleicht kann man darüber mal nachdenken.

Von uns aus auf jeden Fall das Plädoyer: Ressourcen heißt zusätzliches Personal. Aus unserer Sicht ist die Brennpunktzulage so, wie sie Frau Klebba eben geschildert hat, ein eher untaugliches Mittel, diese Einrichtungen zu stärken.

Zu der Frage, ob Sprachförderkinder für die Träger weniger attraktiv sind, hat Frau Klebba alles gesagt. Wenn die Träger sie aufnehmen, sind es ganz normale Kitakinder, damit sind sie wirklich genauso attraktiv wie jedes andere Kind auch.

Ich finde, man sollte wirklich über Freihalteplätze nachdenken. Die muss man gar nicht voll finanzieren, sondern unser System bestraft jetzt den Kitaträger, der ein halbes Jahr die Plätze für die Kinder, die ja immer erst im Frühjahr nach der Prüfung kommen können, frei hält. Wenn man da zumindest eine Pauschale für die weiterlaufenden Sachkosten zahlen würde, und das mit Trägern – das betrifft dann eher nicht unseren Trägerbereich, sondern größere Träger – vereinbart, glaube ich, könnte man diese Kinder in der Konkurrenz um die knappen Kitaplätze stärken.

Ich kann nicht beantworten, wie viele Kinder mit Sprachförderungsbedarf beim DaKS sind. Wir sind selber nicht Kitabetreiber und haben zu viele Mitglieder, um da einen Überblick zu haben.

Was kann man im Bereich sprachliche Bildung ausbauen und fördern? – Ich würde auch dafür plädieren, sich das Bundesprogramm Sprachkitas anzugucken, was ja endlich ist, und es fortzuführen. Ob es mit genau denselben Kitas sein muss, sei mal dahingestellt, aber das ist ein sinnvolles Programm auf Bundesebene gewesen. Wenn das ausläuft, sollte sich das Land Berlin Gedanken machen, wie das fortgeführt werden kann.

Zum Thema qualitative sprachliche Bildung: Unser klares Plädoyer: Ja, das Sprachlerntagebuch gerne überarbeiten, sich angucken, aber nicht abschaffen. Die Diskussion, die da durch die Köller-Kommission losgetreten wurde, ist als Diskussion gut, die Beschlussempfehlung können wir überhaupt nicht nachvollziehen, finden wir regelrecht fatal.

Von Frau Burkhard-Eulitz kam die Frage, ob der § 55, auch im Kontext von Schul- und Kitapflicht, nicht ein gänzlich untaugliches Mittel sei: Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust, einerseits finde ich auch: Ja, das ist ein bisschen die Kitapflicht durch die Hintertür gewesen. Das finde ich grundsätzlich falsch, und ich stelle wirklich die Frage, ob es dieser Pflichtnummer bedarf. Herr Schworck hat vorhin sehr eindrücklich gesagt, dass wir ja nicht das Problem haben, dass die Leute das Angebot annehmen, wenn wir es ihnen nahebringen, es da ist und gut erklärt wird. Da würde ich den Schwerpunkt hinlegen. Ob wir dazu diese Verpflichtung gebraucht hätten, stelle ich infrage. Andererseits kann man schon sagen, dass über diese Einladung zur Sprachprüfung und dann das Angebot des Kitaplatzes viele Kinder ins Kitasystem gekommen sind, die vielleicht sonst nicht reingekommen wären. Ich finde, das muss man auch sagen, das hat wirklich die ersten Jahre gut funktioniert. Dass jetzt so viele Kinder außen vor bleiben, hat wirklich etwas mit der Kitaplatzknappheit der letzten Jahre zu tun. – Zum Ordnungsgeld hat Herr Schworck alles gesagt, was ich auch gesagt hätte. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner:** Dank zurück! – Insgesamt ein großes Dankeschön an die Anzuhörenden! Es geht Applaus von hier aus, auch an die, die nicht vor Ort anwesend sind. Sie haben die Möglichkeit, unserer Sitzung weiterhin beizuwohnen – die Technik kann es ermöglichen, hoffe ich –, ansonsten aber auch Ihrer wertvollen Arbeit oder auch Ihrem Feierabend nachzugehen.

#### Punkt 4 der Tagesordnung (alt 2 c)

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1953  
**Einführung einer verpflichtenden Sommerschule für  
Berlins Schülerinnen und Schüler mit ungenügenden  
Deutschkenntnissen – das Berliner Schulsystem  
reformieren**

**0258**  
BildJugFam(f)  
IntArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tageordnung (alt 4)

- |  |  |
|--|--|
| a) Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 18/2233<br><b>Jugend und Verkehrssicherheit –<br/>Jugendverkehrsschulen stärken</b>   | <b>0268</b><br>BildJugFam(f)<br>UmVerk*<br>Haupt |
| b) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke<br>und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 18/3357<br><b>Jugendverkehrsschulen dauerhaft sichern,<br/>konzeptionell weiterentwickeln und ihre<br/>Arbeitsfähigkeit gewährleisten</b> | <b>0410</b><br>BildJugFam(f)<br>UmVerk*          |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung (alt 5)

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.